



Bundestags- Brief

- Sonderausgabe -

• 22. August 2014 •



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Der Auftakt in die 18. Legislaturperiode gelingt

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vor genau 11 Monaten, am 22. September 2013, haben die Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag eindrucksvoll für die Fortsetzung der erfolgreichen Politik von CDU und CSU unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel votiert: 41,5 Prozent aller Wahlberechtigten haben ihr Kreuz bei CDU und CSU gesetzt.

Mit der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin am 17. Dezember 2013 ist der Deutsche Bundestag dieser eindeutigen Willensäußerung der Bürgerinnen und Bürger gefolgt.

Für mich hat sich in meiner dritten Legislaturperiode als Abgeordnete des Deutschen Bundestages einiges verändert. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mich gebeten, in der 18. Legislaturperiode als Staatsministerin für Kultur und Medien die Verantwortung für diese gerade auch für Berlin so wichtigen Politikbereiche zu übernehmen. Am 17. Dezember 2013 habe ich dieses ehrenvolle Amt angetreten.

Gerne möchte ich Sie in einem persönlichen Rückblick in der parlamentarischen Sommerpause daher nicht nur über die Arbeit der „Großen Koalition“ informieren, sondern Ihnen auch einen Überblick über meine eigenen Aktivitäten im Deutschen Bundestag

und im Amt der Staatsministerin für Kultur und Medien geben.

Ich freue mich auch weiterhin über Ihr Interesse an meiner Arbeit und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

Ilse Monika Grütters

Kulturpolitik für Deutschland

Für die Bewahrung des kulturellen Erbes und die Förderung der Avantgarde

Als Christlich Demokratische Union sind wir uns bewusst, dass Deutschland zuerst eine Kulturnation war und erst später auch politische Nation wurde.

Unser **kulturelles Erbe** ist deshalb ein zentrales **sinn- und identitätsstiftendes Element** unserer Gesellschaft. Es ist dieses Erbe, das unsere Identität als „Deutsche“ wesentlich mitprägt und unsere Wurzeln bildet.

Aus unserer Geschichte und der Erfahrung zweier Diktaturen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert wissen wir aber auch, wie wichtig die **Freiheit der Künste** und die **Förderung der Avantgarde** sind. Nicht umsonst stellt unser Grundgesetz bereits im fünften Artikel klar: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“

Die Bewahrung des kulturellen Erbes und die Freiheit der Kunst auch für das avantgardistische Element **prägen deshalb ganz wesentlich die deutsche Kulturpolitik** und damit auch meine Aufgaben als Staatsministerin für Kultur und Medien.

Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass im föderalistisch organisierten Bundesstaat grundsätzlich die **Länder und Gemeinden für die Kulturpolitik zuständig sind**. Zusammen tragen **Länder und Kommunen mehr als 85 Prozent der öffentlichen Ausgaben für die Kultur**, während der **Bund** etwas mehr als **13 Prozent** der Ausgaben für die Kultur schultert.

Vor diesem **großen Engagement der Länder und insbesondere der Gemeinden**, bei denen die Ausgaben für Kultur oft mehr als 10 Prozent des gesamten Haushalts ausmachen, habe ich sehr **großen Respekt** und bin dankbar für dieses **großartige kommunale Engagement zum Wohle unserer Kultur**.

Ganz besonders freue ich mich darüber, dass auch in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag weiterhin unstrittig ist, dass gerade **Haushaltsmittel für die Kultur stets sinnvolle Investitionen in die Zukunft unseres Landes sind**.

Denn Kultur ist kein dekorativer Luxus, den man sich leisten kann, sondern eine notwendige Voraussetzung, damit eine Gesellschaft erfolgreich ist.

Es sind Künstlerinnen und Künstler, die **Probleme benennen, kreative Lösungen suchen** und dabei auch **nicht vor dem Scheitern zurückschrecken**.

So bereiten die Kreativen den Boden und schaffen ein Klima, in dem Ideen überhaupt erst entstehen, um später dann einmal zur Geschäftsreife gelangen.

Die **spürbaren Aufwüchse im Kulturhaushalt** zeigen, dass diese Botschaft auf Bundesebene verstanden wird:

Entwicklung des Kulturhaushalts

Jahr	Haushalt in Millionen Euro
2005	1041
2006	1053
2007	1098
2008	1113
2009	1128
2010	1150
2011	1146
2012	1204
2013	1260

Quelle: BKM, statistisches Bundesamt

In den **acht Jahren**, in denen Angela Merkel nun an der Spitze der Bundesregierung steht, konnten die **Ausgaben für Kunst und Kultur in Deutschland um fast 220 Millionen Euro** gesteigert werden.

Den **Kulturetat** in dieser kurzen Zeit um **knapp 20 Prozent** zu steigern, ist eine große Leistung, besonders wenn man sich vor Augen führt, dass in dieser Zeit **viele andere Ressorts ihre Ausgaben zurückfahren mussten**.

Ein Teil dieser zusätzlichen Mittel wird dafür verwandt, die **Provenienzrecherche in Deutschland zu stärken**. Dieses Thema liegt mir nicht erst seit der „Causa Gurlitt“ sehr am Herzen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, auch auf sich erst **spät manifestierende Folgen der nationalsozialistischen Diktatur** nicht mit einem Schlusstrich zu reagieren, sondern im Dialog mit den Betroffenen Lösungen zu finden.

Deshalb bin ich froh, dass wir nun in **enger Abstimmung mit den Bundesländern** und mit **zusätzlichen Haushaltsmitteln vom Deutschen Bundestag** an den Aufbau des „Deutschen Zentrums Kulturgutverluste“ gehen können.

Der **neuerliche Rekord bei den Anträgen an die Arbeitsstelle für Provenienzforschung** zeigt, dass hier noch immer ein großer Bedarf besteht, den wir mit **gebündelter Expertise** im neu entstehenden Zentrum besser bearbeiten können.

Dass wir als Gesellschaft dieses Thema nicht ignorieren, sondern weiter aufarbeiten, ist dabei auch **im Ausland nicht unbemerkt geblieben**. Ich habe mich sehr gefreut, als mir meine **israelische Kollegin, Limor Livnat**, bei den gemeinsamen Regierungskonsultationen vorgeschlagen hat, im **Bereich der Provenienzrecherche eng zu kooperieren**. Diesem Wunsch habe ich gerne entsprochen.

Schließlich ist dies ein echter **Vertrauensbeweis und eine Anerkennung** der ehrlichen Bemühungen Deutschlands im Umgang mit diesem sehr sensiblen Thema.

Ein weiteres wichtiges Thema für mich ist dieser Tage aber auch die Bedeutung der Kultur im geplanten **transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)**.

Für mich ist ganz klar, dass wir die **gewachsenen Strukturen öffentlicher Kulturförderung in Europa** in diesem Abkommen absichern müssen. Sie sind gerade für uns Deutsche nicht zuletzt auch das Resultat der furchtbaren Erfahrungen mit zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert. **Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit sind konstitutiv für eine freie und demokratische Gesellschaft**. Sie zu garantieren ist eine zentrale Aufgabe des freiheitlichen Staates.

Es ist der **staatsfern und dennoch öffentlich-rechtlich organisierte Rundfunk** der die Kraft hat, unabhängig bleiben zu können und der es vermag, eine der Voraussetzungen zu schaffen, von der Böckenförde in seinem berühmten Diktum spricht („Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“).

Diese Erfahrung teilen wir mit vielen anderen europäischen Staaten, aber nicht mit den **USA**, in denen die **Medien völlig anders organisiert sind und hauptsächlich von privaten Akteuren betrieben werden**.

Das gleiche Bild ergibt sich auch für den Bereich der **Förderung von Kunst und Kultur**. Während es bei uns ebenso in erster Linie der Staat ist, der die **Unabhängigkeit und Freiheit der Kunst** (auf Grundlage auch von Art. 5, Absatz 3 unseres Grundgesetzes) auch durch finanzielle Unterstützung garantiert, ist die Kulturförderung in den USA vor allem die Aufgabe **privater Kunstliebhaber und Mäzene, die für ihr Engagement im Gegenzug Steuererleichterungen erhalten**.

Diese unterschiedlichen Modi der Medien- und Kulturförderung haben jeweils ihre **eigene Tradition und sind adäquate Antworten auf die geschichtlichen Herausforderungen, vor deren Hintergrund sie entstanden sind**.

Es wäre deshalb falsch, diese Unterschiede im Rahmen des TTIP einzuebnen und ich werbe in vielen Gesprächen für **eine Generalklausel zum Schutz der Kultur**.

Zum Abschluss möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Ihnen ein drittes Herzensthema vorzustellen, das mich sehr bewegt: das **Humboldt-Forum** auf dem ehemaligen Schlossplatz in Berlin.

Bis heute wird die Debatte dabei von der Fassade dominiert, gesprochen und geschrieben wird meist nur vom „Wiederaufbau des Schlosses“. **Dabei ist für mich viel spannender, was sich anschließend hinter dieser Fassade abspielen wird**.

Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, den Schlossplatz, als einen, wenn nicht gar **den zentralen Platz unserer Republik den außereuropäischen Kulturen zu widmen**.

Aus den Museen in Dahlem werden die **Sammlungen der außereuropäischen Kulturen in das Humboldt-Forum ziehen, um dort in den Dialog mit der europäischen Kulturgeschichte zu treten**, die gegenüber auf der Museumsinsel präsentiert wird.

Die Idee, die von **Alexander von Humboldt** begründeten außereuropäischen Sammlungen von Weltrang nach Mitte in das Zentrum Berlins zu holen und dort mit Bildungseinrichtungen in der Tradition seines Bruders **Wilhelm** zu verbinden, ist **ein geniales Konzept, das großen Erfolg haben wird**.

So wird das Humboldt-Forum zu einem **einmaligen Zeichen der Weltoffenheit und Toleranz**, eine Einladung an die Welt, sich im Herzen unserer Hauptstadt zu präsentieren. Es ist damit ein **Sinnbild des modernen Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts und verdient gerade auch deshalb unsere volle Unterstützung!**

Die Ziele der „große Koalition“

Krise bewältigen, Haushalt konsolidieren, Impulse setzen

Die Krise bewältigen:

Die **Wirtschafts- und Finanzkrise**, die viele Staaten in Europa stark erschüttert hat, konnte in Deutschland in ihren negativen Auswirkungen dank der vorausschauenden und klugen Politik der Bundesregierung unter Angela Merkel stark begrenzt werden.

Mit **intelligenten Anreizen** und einer auf Vertrauen basierenden **intensiven Kooperation** mit den Sozialpartnern konnte verhindert werden, dass die Krise auf die Wirtschaft und die Beschäftigungszahlen in Deutschland durchschlägt.

Im Gegenteil: die **Zahl der Arbeitslosen** konnte in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgeführt werden:

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Deutschland:

Jahr	Arbeitslosenzahl	Quote
2005	4 860 909	13,0
2006	4 487 305	12,0
2007	3 760 076	10,1
2008	3 258 453	8,7
2009	3 414 531	9,1
2010	3 238 421	8,6
2011	2 975 836	7,9
2012	2 896 985	7,6
2013	2 950 250	7,7
Juni 2014	2 833 000	6,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Agentur für Arbeit

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt manifestiert sich auch in der **Zahl der Erwerbstätigen**: diese überstieg im **Mai 2014** erneut die Grenze von 42 Millionen Erwerbstätigen (**42,10 Millionen**). Zum Vergleich: im Jahr **2010** waren durchschnittlich nur **40,54 Millionen** Menschen erwerbstätig, unter rot-grün im Jahr **2005** gar nur **38,87 Millionen** Menschen.

Gleichzeitig ist dabei **Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** weiter angestiegen: im **April 2014** waren **29,63 Millionen** Menschen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Das sind **2,25 Millionen mehr als 2009** und sogar knapp 3,5 Millionen zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse gegenüber der Situation im Jahr 2005.

Die vielen neuen Jobs schaffen Perspektiven und Aufstiegschancen für unzählige Familien in Deutschland und beweisen, dass die Union und Bundeskanzlerin Merkel Wort halten: **Deutschland kommt stärker aus der Krise heraus, als es hineingegangen ist.**

Dabei vergessen wir auch nicht die Menschen, die bereits in Arbeit sind. Sie profitieren ganz maßgeblich von der positiven Entwicklung der **realen Einkommen**, die in den vergangenen vier Jahren preisbereinigt um mehr als **3 Prozent** gestiegen sind.

Dazu tragen nicht nur die erfolgreichen Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern bei, sondern auch die Politik der CDU geführten Bundesregierung.

So konnte etwa 2013 mit der **Senkung des Rentenbeitrages von 19,6 auf 18,9 Prozent** eine deutliche Entlastung der Arbeitnehmer realisiert werden.

Den Haushalt weiter konsolidieren:

Die **Wirtschafts- und Schuldenkrise**, die weltweit viele Staaten erfasst und in Probleme gebracht hat, ist auch für Deutschland ein Warnsignal, dass eine stetig steigende Staatsverschuldung drastische Gefahren birgt.

Mit der Anfang 2009 beschlossenen **Schuldenbremse** haben sich CDU und CSU zu ihrer politischen Verantwortung bezüglich der Begrenzung der Staatsverschuldung bekannt.

Durch diese im **Grundgesetz verankerte Regel** wird es dem Bund ab 2016 nicht mehr möglich sein, im größeren Umfang neue Schulden aufzunehmen.

Unser Ehrgeiz geht aber über die nun in der Verfassung verankerte Schuldenbremse hinaus: wir wollen, dass in Deutschland **die öffentlichen Haushalte in der Regel ausgeglichen sind**. Nur das Geld, das eingenommen wird, soll auch wieder ausgegeben werden.

Auf diesem Weg sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen:

- In den vergangenen Jahren konnten im **gesamtstaatlichen Rahmen** (Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen) bereits **Überschüsse** von 2,4 Milliarden Euro (2012), bzw. 300 Millionen Euro (2013) realisiert werden.

- Auch auf **Bundesebene** schreitet die Haushaltskonsolidierung weiter voran. Trotz unvorhersehbarer Finanzbedarfe (ausgelöst etwa durch die Elbe-Flut) konnte die Neuverschuldung weiter konsequent zurückgeführt werden.

- ◆ Der im Sommer beschlossene Haushalt für das laufende Jahr **2014** sieht so nur noch eine Neuverschuldung von **6,2 Milliarden Euro** vor. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise lag das Defizit 2010 noch bei 44 Milliarden Euro.

- Bereits im **kommenden Jahr 2015** werden wir dann einen **ausgeglichenen Bundeshaushalt ohne neue Kreditaufnahme** präsentieren. Diesen Beschluss haben wir in der letzten Kabinettsitzung vor der Sommerpause am 02. Juli 2014 getroffen.

- Mit diesem Schritt wird die von CDU/CSU und Angela Merkel angeführte Bundesregierung **erstmalig seit 1969** bei einer Haushaltsaufstellung ohne neue Schulden auskommen. Auch damals regierte übrigens eine von der CDU angeführte „Große Koalition“.

Zu meiner großen Freude legt die Bundesregierung neben der **Haushaltskonsolidierung** jedoch großen Wert darauf, dass in Deutschland wichtige Investitionen in die Zukunft möglich bleiben und so Impulse für eine positive Entwicklung unseres Landes gesetzt werden können.

Wo die CDU und CSU ihre Schwerpunkte setzen, möchte ich Ihnen daher im Folgenden aufzeigen:

Impulse setzen:

In einer sich entwickelnden **globalen Wissensgesellschaft** werden die Nationen besonders stark sein, die ihre **Bürgerinnen und Bürger bestmöglich ausbilden** und dabei **jedem Menschen seine für ihn individuell beste Bildung ermöglichen**.

Wir sind uns bewusst, dass **Deutschlands Wohlstand** in der Zukunft ganz wesentlich von der **Kreativität, der Problemlösungskompetenz und dem Ideenreichtum der jungen Generationen abhängen wird**.

Deshalb setzt die Bundesregierung einen **großen Schwerpunkt bei den Investitionen in Bildung und Forschung**.

Der Ausbau der Bildungseinrichtungen in unserem Land zu einer **Bildungsrepublik** hat bereits in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht:

Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung:

Jahr	Haushalt in Milliarden Euro
2005	7,580
2006	8,025
2007	8,500
2008	9,350
2009	10,204
2010	10,863
2011	11,646
2012	12,941
2013	13,740
2014	14,049

Quelle: eigene Darstellung auf Zahlengrundlage des BMBF.

Diese Zahlen machen deutlich: mit der Übernahme der Kanzlerschaft durch Angela Merkel sind **Bildung und Forschung absolute Schwerpunkte der Arbeit der CDU/CSU-geführten Bundesregierungen**.

Mit der **Übernahme des BAföG** wird der Bund darüber hinaus die Länder **ab 2015** jährlich mit weiteren **1,15 Milliarden Euro** im Bereich von **Bildung und Forschung entlasten**.

Im Gegenzug verpflichten sich die Bundesländer, die dadurch **frei werdenden Mittel** weiter in **andere Bereiche der Bildungs- und Forschungspolitik zu investieren**.

Bildung und Forschung sind aber nicht die einzigen Zukunftsbereiche, in die die Bundesregierung mit großem Engagement investiert.

Als **exportorientierte Nation** haben für uns zum Beispiel auch die **Pflege und der Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur** große Bedeutung, um die Wirtschaftskraft unseres Landes zu erhalten.

Deshalb wird die Bundesregierung in den **kommenden vier Jahren mehr als fünf Milliarden Euro zusätzlich in den Ausbau der Verkehrswege** in Deutschland investieren.

Darüber hinaus etabliert sich das **Internet** zunehmend als zentrales Mittel der Kommunikation und Informationsgewinnung. Einher mit diesem großen Bedeutungsgewinn geht aber die - zunehmend auch wirtschaftliche - Notwendigkeit, **an möglichst jedem Ort in Deutschland schnellen Zugang zum Internet zu haben**.

Diesem Wandel trägt die Bundesregierung Rechnung und wird in den kommenden Jahren im Rahmen der **Netzallianz** eine **Strategie für den flächendeckenden Breitbandausbau** erarbeiten.

Sie sehen: unter der Führung von Angela Merkel sorgen CDU und CSU für eine solide Haushaltspolitik ohne auf notwendige Investitionen in die Zukunft zu verzichten. **So gelingt der Start in die 18. Legislaturperiode!**